

Das Mandat für EUTM Mali ist am 31. Mai 2023 ausgelaufen und der Einsatz somit beendet. Das Mandat für MINUSMA wurde am 26. Mai 2023 letztmalig durch den Deutschen Bundestag verlängert. Die deutsche Beteiligung an der Mission wird planmäßig zum 31. Mai 2024 beendet.

## Einsatz

MINUSMA ist eine besondere Rolle bei der Überwachung und Unterstützung der Durchsetzung des Friedensabkommens zugewiesen worden. Ein Großteil der Bundeswehrsoldaten ist im Norden Malis, in Gao, stationiert. Hier betreiben sie das Camp Castor, wo auch andere Partnernationen untergebracht sind. Von Gao aus setzt die Bundeswehr Aufklärungskräfte am Boden und in der Luft ein, um dem VN-Hauptquartier in Bamako die angeforderten Informationen zu liefern. Regelmäßig werden zusätzlich Patrouillen in der Region um Gao durchgeführt.

Weitere deutsche Blauhelmsoldaten sind im Nachbarland Niger stationiert und betreiben in der Hauptstadt Niamey einen Lufttransportstützpunkt zum Verwundeten- und Personen- oder Materialtransport.



**1400**  
SOLDATINNEN UND  
SOLDATEN

**3**  
STANDORTE

**2013**  
EINSATZBEGINN

MEHR INFORMATION  
[bundeswehr.de/einsaetze](https://www.bundeswehr.de/einsaetze)



## IMPRESSUM

Herausgeber:  
Einsatzführungskommando der Bundeswehr  
Presse- und Informationszentrum  
Oberst Markus Beck  
Werderscher Damm 21-29  
14548 Schwielowsee OT Geltow

Kontakt:  
Einsatzführungskommando der Bundeswehr  
Presse- und Informationszentrum  
Henning-von-Tresckow-Kaserne  
Postfach 60 09 55  
14409 Potsdam

E-Mail:  
[pizefk@bundeswehr.org](mailto:pizefk@bundeswehr.org)

Druck:  
BAIUDBw DL I 4, Zentraldruckerei BAIUDBw

Fotos: Bundeswehr

Stand: Juni 2023



BUNDESWEHR

## DER EINSATZ IN MALI MINUSMA



BUNDESWEHR



## DER EINSATZ IN MALI

### Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali (MINUSMA)

#### Geschichte

Mali galt nach ersten freien und demokratischen Wahlen im Jahr 1992 lange Zeit als Vorzeigedemokratie in Westafrika. Im Norden Malis begann im Januar 2012 ein Aufstand gegen die Regierung. Ziel war, die Unabhängigkeit des Nordens zu erreichen. Im April 2012 proklamierten aufständische Tuareg einen autonomen Staat „Azawad“, der international jedoch keine Anerkennung fand. Parallel zu den Kämpfen im Norden kam es im März 2012 in der Hauptstadt Bamako zu einem Militärputsch.

Frankreich intervenierte auf Bitten Malis mit der „Operation Serval“ im Januar 2013 im Norden, um die Islamisten zurückzudrängen. Die Streitkräfte der Staaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) führten parallel die militärische Mission AFISMA (African-led International Sup-

port Mission to Mali) zur Stabilisierung Malis durch. Mit der Unterzeichnung eines innerstaatlichen Friedensabkommens durch die Konfliktparteien im Mai und Juni 2015 ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Stabilisierung des Landes gemacht worden. Die weitgehend friedlich verlaufene Wahl von Staatspräsident Ibrahim Boubacar Keita im August 2018 war ein Zeichen allmählicher Stabilisierung. Im November 2018 begann die malische Regierung mit der Integration ehemaliger Kämpfer in die malische Armee. Dieser Teil des Friedensabkommens von Algier wird als Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprozess bezeichnet.

Nach den Umbrüchen 2020/2021 hat die malische Übergangsregierung Neuwahlen und den Übergang zu einer zivilen Regierung im Frühjahr 2024 angekündigt.

#### Mandat

Der Deutsche Bundestag mandatierte am 28. Februar 2013 erstmals zwei Einsätze der Bundeswehr in Mali. Die EU-geführte Ausbildungsmission „European Training Mission Mali“ (EUTM Mali) soll das malische Militär befähigen, die Sicherheit des Landes in eigener Verantwortung zu gewährleisten.

Im zweiten Beschluss ging es zunächst um die logistische Unterstützung einer gemeinsamen Mission der afrikanisch geführten Mission AFISMA (African-led International Support Mission to Mali). Nachdem der UN-Sicherheitsrat im April 2013 mit der Resolution 2100 (2013) die Einrichtung der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) als Nachfolgemission beschlossen hatte, billigte der Bundestag am 27. Juni 2013 die deutsche Beteiligung an MINUSMA.

Das aktuelle Mandat des Deutschen Bundestages erlaubt eine Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten. Die Beteiligung an Operationen zur Terrorismusbekämpfung gehört nicht zum Auftrag deutscher Kräfte.



Deutschland beteiligt sich seit April 2013 an MINUSMA. Gemäß dem Beschluss des Deutschen Bundestages können bis zu 1400 deutsche Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

#### Der Auftrag:

- Führungs-, Verbindungs-, Beobachtungs- und Beratungsaufgaben,
- Aufklärung und Beitrag zum Gesamtlagebild,
- Beitrag zur zivil-militärischen Zusammenarbeit,
- Lufttransport inklusive Verwundetenlufttransport sowie Unterstützung bei der Verlegung und Folgeversorgung von MINUSMA-Kräften.
- Rückverlegung von Personal und Material bis 31. Mai 2024,
- möglicher Beitrag in Form von logistischer Unterstützung für die geplanten Präsidentschaftswahlen im Februar 2024.